

Pforzheimer Zeitung

Unabhängige Zeitung für Stadt und Land

4 D 5597 A

Redaktion u. Verlag: Pforzheim, Poststr. 5; Telefon Nr. 22001, 22002 u. 22003. — Bezugspreis: DM 4.20 und DM —.80 Trägersgebühr. Postzustellung DM 5.40 einschl. Zustellgebühr. Erscheint an jedem Tag der Woche, außer sonn- u. feiertags.

Süddeutsche Allgemeine, Pforzheimer Rundschau, -Neueste Nachrichten, -Generalanzeiger, -Beobachter

Ursprungsjahr 1794

Jahrgang 1963 / Nummer 236

Freitag, 11. Oktober

Einzelpreis 30 Pfennig

Staudamm-Katastrophe in Oberitalien

Felssturz löste riesige Flutwelle aus — Vermutlich mehrere tausend Tote — Einige Orte weggeschwemmt

ROM. Der Sturz riesiger Felsmassen des Monte Toc (italienische Alpen) in den Stausee Vaiont löste in der Nacht zum Donnerstag eine 250 Meter hohe Flutwelle aus und brachte mindestens 3 000 Menschen den Tod. Diese schwerste Stausee-Katastrophe in der Geschichte ist möglicherweise durch Erdstöße ausgelöst worden, die in Rom und Triest am Mittwochabend um 22.41 und 22.48 Uhr seismographisch registriert wurden. Es wird noch untersucht, ob der Felssturz durch den Erdstoß verursacht wurde oder die Instrumente auf Grund der durch den Felssturz hervorgerufenen Erschütterungen ausschlugen.

Die alles vernichtende, Geröll und Schlammmassen mitführende Flutwelle zerstörte zuerst das Dorf Vaiont, riß einzelne Häuser am Ufer der Piave mit, überschwemmte die 4600 Einwohner zählende Stadt Longarone, vernichtete ein Teil des Dorfes Codissago und erreichte schließlich die Orte Pirago, Villanova und Fae. Die meisten Bewohner dieser Ortschaften wurden im Schlaf überrascht. Bei Tagesanbruch war der Fluß Piave mit Hunderten nur mit dem Nachtgewand bedeckten Toten bedeckt.

Zuerst war angenommen worden, daß der Staudamm gebrochen war. Er wurde 1960 fertiggestellt und ist mit 265 Metern der dritthöchste der Welt. Der Stausee hat eine Kapazität von 150 Millionen Kubikmeter Wasser. Erst gestern nachmittag stand nach den Berichten der Ueberlebenden fest, daß sich eine der ungewöhnlichsten Katastrophen der Weltgeschichte ereignet hatte: ein Teil (rund 50 000 Kubikmeter Felsmassen) des steilaufragenden 1800 Meter hohen Monte Toc war abgebrochen und in den See gestürzt. Der Staudamm selbst blieb fast erhalten. Nur der obere Rand wurde beschädigt.

Ganz Italien trauert um die Opfer der Katastrophe. Theater und Kinos blieben gestern geschlossen. Rundfunk und Fernsehen brachten ernste Musik und Nachrichten sowie ein auf die Katastrophe zugeschnittenes Tagesschau-Programm. Staatspräsident Segni und Papst Paul VI. übermittelten den Behörden und dem Bischof von Belluno ihre tiefe Anteilnahme. Das Parlament legte bei Sitzungsbeginn Minuten des stillen Gedenkens ein. Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier schickte ein Beileidstelegramm im Namen des Bundestages an das italienische Abgeordnetenhaus.

An den Hilfsmaßnahmen im Katastrophengebiet beteiligten sich Tausende von Soldaten und Feuerwehrlente. Das amerikanische Hauptquartier für Italien in Verona leitet Hubschrauber-Einsätze und den Einsatz medizinischen Personals. Auch das Deutsche Rote Kreuz hält sich auf italienische Anforderung für Hilfsmaßnahmen bereit. Lastzüge mit Versorgungsgütern des päpstlichen Hilfswerks wurden ins Katastrophengebiet entsandt.

Amerikanische Hubschrauber retteten 58 Bewohner von Longarone. Einer der Piloten berichtete nach der Rückkehr, daß der größte Teil der Einwohnerschaft von Longarone ums Leben gekommen sei. „Der Ort wurde einfach weggeschwemmt. Wir nahmen sieben Leute oberhalb des Stausees und acht oberhalb des

Hauptflußbettes der Piave auf“. Die Flutwelle hat nach seinen Schätzungen auch noch über hundert oberhalb des Sees befindliche Menschen getötet.

Ein besonders tragischer Aspekt ergibt sich daraus, daß ein Teil der männlichen Bevölkerung der überfluteten Bergorte im Sommer gewöhnlich in Oesterreich, Deutschland und Holland als Speiseeis-Hersteller arbeitet. Gerade erst in den letzten Tagen sollen die meisten von ihnen in die Heimat zurückgekehrt sein.

Sachverständige der Gesellschaft, die den Damm errichteten, bemühen sich um eine technische Rekonstruktion der Katastrophe. Der Konstrukteur des Dammes, Carlo Semenza, ist vor einigen Jahren gestorben. Auch Professor Giambattista dal Piaz, der Vorsitzende einer Geologen-Kommission, die das Projekt vor Baubeginn günstig beurteilt haben soll, ist nicht mehr am Leben. Sein Sohn erklärte, der Damm sei das Ergebnis von Erfahrungen und Forschungen, die schwer zu rekonstruieren sei würden.

Die Behörden im Katastrophengebiet haben die Bevölkerung gestern Abend vor einer neuen Gefahr ge-

warnt. Mehrere Fässer mit Zyankali sollen durch die Flut weggeschwemmt worden sein.

Nach letzten Berichten haben sich die Felsmassen, die das Unglück verursachten, bereits seit einiger Zeit mit einer Geschwindigkeit von 40 Zentimetern pro Tag zu Tale bewegt. Aus diesem Grunde sei vor zehn Tagen mit einer Entleerung des Staubeckens begonnen worden. Das Wasser im Stausee stand zur Zeit der Katastrophe etwa 20 Meter unter der Höchstmarke. Man hatte damit gerechnet, daß der See bis Mitte November völlig geleert sein würde.

Der Minister für öffentliche Arbeiten, Sullo, berichtete Ministerpräsident Leone am Donnerstagabend über seinen Besuch im Katastrophengebiet und sagte anschließend zu Journalisten, in Longarone habe man das Gefühl, „in Pompeji zu sein, ehe dort die Ausgrabungen begannen“. Die Schäden in der Stadt betragen nach Angaben Sullos viele Milliarden Lire (eine Milliarde Lire gleich 64 Millionen Mark). Der Minister schätzte die Zahl der Toten auf etwa 2000. In der Präfektur von Belluno sprach man am frühen Abend von 2000 Vermissten im Piave-Tal.

Eine Vorstellung von den Schwierigkeiten, denen die Hilfsmannschaften begegnen, gab ein Bericht des „Gionale d'Italia“. Danach muß stundenlang gebaggert werden, um nur eine kleine Strecke weit durch den Schlamm vorzudringen. Longarone gleiche einem 50 bis 70 Zentimeter hohen mehr oder weniger eingeebneten Ruinenfeld.

Englands Premier legt sein Amt nieder

Gesundheitszustand zwingt MacMillan zum Rücktritt — Botschaft an den Parteitag

BLACKPOOL. Der britische Premierminister MacMillan wird wegen seines Gesundheitszustandes zurücktreten. Vor den in atemloser Stille lauschenden 4000 Delegierten des konservativen Parteitages in Blackpool verkündete Außenminister Lord Home gestern nachmittag — wenige Stunden nach der erfolgreichen Operation des Premiers — diese sensationelle Nachricht. Der 69jährige Regierungschef erklärte in einer Botschaft an die Partei, er werde eine längere Zeit der Erholung benötigen. Er sei sich darüber im klaren, daß er weder die Aufgaben eines Premierministers für längere Zeit noch die Belastung auf sich nehmen könne, seine Partei in den nächsten Wahlkampf zu führen.

Die Frage nach seinem Nachfolger hat MacMillan jedoch ausdrücklich offen gelassen. Es ist sein Wunsch, daß sich die Partei selber über einen „Kronprinzen“ einigt. MacMillan wird bis dahin im Amt bleiben. Er

hat mit dieser Entscheidung auf geschickte Weise vermieden, daß Königin Elizabeth in die mißliche Lage gerät, den neuen Premierminister selbst zu bestimmen, obwohl sich die Partei über seine Person noch nicht einig ist. Eine Wiederholung der Umstände, wie sie Anfang 1957 beim Rücktritt Sir Anthony Edens eintraten, wird damit vermieden.

In Blackpool, wo die Verzichtserklärung MacMillans wie eine Bombe einschlug, war gestern Abend noch nicht klar erkennbar, wie lange die Partei benötigen wird, um sich auf einen Nachfolger zu einigen. Die Entscheidung wird jedoch sicher nicht mehr während des Parteitages in dieser Woche fallen. Trotzdem glaubt man, daß sie nicht allzu lange ausbleiben kann, weil die Regierung MacMillan sonst schnell an Autorität verlieren würde.

Die stärksten Aussichten haben der 60jährige Richard A. Butler und der Lordpräsident Lord Hailsham, der in den Parteiorganisationen einen starken Rückhalt hat. Das Kabinett und ein großer Teil der konservativen Parlamentsfraktion scheinen jedoch eine Art „Anti-Hailsham-Koalition“ eingegangen zu sein. Wenn eine Einigung zugunsten eines dieser beiden Politiker unmöglich sein sollte, hat Schatzkanzler Maudling die besten Aussichten als Kompromiß-Kandidat. Auch der Name Lord Home ist noch im Gespräch.

Adenauer wurde Ehrenbürger von Berlin

Von der Bevölkerung freundlich begrüßt — Willy Brandt begründete die Verleihung

BERLIN. Bundeskanzler Adenauer ist Ehrenbürger Berlins. Diese Ehrung wurde ihm gestern Morgen auf einer Sitzung des Abgeordnetenhauses im Rathaus Schöneberg zuteil, die zum Höhepunkt von Adenauers Abschiedsbesuch als Kanzler in der deutschen Hauptstadt wurde.

Am frühen Morgen hatte sich Adenauer im Bundeshaus von seinen Berliner Mitarbeitern verabschiedet. Im Anschluß daran unternahm er eine Stadtrundfahrt, bei der er von der Bevölkerung freundlich begrüßt wurde und mehrfach Blumengebinde in Empfang nehmen mußte. Am Peter-Fechter-Denkmal hatten sich etwa 12 000 Menschen versammelt und als der Kanzler später vor dem Rathaus Schöneberg anlangte, wurde er erneut von einer mehrtausendköpfigen Menschenmenge begrüßt.

An der Feierstunde im Rathaus Schöneberg nahmen

Anzeigenpreise laut Preisliste 15. — Bankkonten: Städtische Sparkasse Pforzheim — Deutsche Bank, Filiale Pforzheim; Volksbank Pforzheim; Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 10916. Bei Störung durch höhere Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.

Bunt, aber schlecht

K. E. Der Bundespräsident hat es sich nicht nehmen lassen, die neue Serie der Wohlfahrtsmarken, die jetzt an allen Postschaltern zu haben ist, selbst der Öffentlichkeit zu übergeben. Lübke hat dabei sein Bedauern darüber geäußert, daß der Verkauf dieser Marken — deren Zusatzbetrag den Wohlfahrtsverbänden zur Linderung mannigfacher Not zufließt — in der Vergangenheit nicht umfangreicher war. Er hat gleichzeitig die Hoffnung ausgesprochen, daß in Zukunft doch eine größere Anzahl dieser Marken verkauft werden möge.

Sicherlich gibt es mancherlei Gründe dafür, daß der Erlös aus dem Verkauf der Wohlfahrtsmarken bisher so klein geblieben ist. Es mag auch sein, daß manche Postkunden, die durchaus bereit sind, ein paar Groschen für notleidende Mitmenschen zu opfern, von der Möglichkeit, dies über den Postschalter und über Briefmarken zu machen, bisher noch nichts wußten. Denkar wäre ferner, daß nicht genügend Postbeamte — im Grunde ihrer täglichen Arbeit und angesichts der auf Bedienung wartenden Kundenschlange vor ihren Schaltern — zum Kauf von Wohlfahrtsbriefmarken auffordern.

Aber zweifellos ist dies alles nicht der einzige Grund, weshalb der Umsatz an Wohltätigkeitsmarken weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Will man wissen, warum diese Marken nicht den erwünschten Anklang und Absatz beim Publikum fanden, dann muß man sich diese Marken einmal ansehen. Und zwar nicht nur die jetzt erhältliche Serie, „Der Wolf und die 7 Geißlein“, sondern auch die vorausgehende „Schneewittchen“-Serie oder die früher verkauften Serien „Hänsel und Gretel“, „Aschenputtel“, „Sternaler“ und was es auch sonst noch immer gewesen sein mag. Nichts gegen den Gedanken, für die Wohlfahrtsmarken Motive aus deutschen Märgen auszuwählen. Dieser Gedanke ist sicherlich gut. Nur: Seine Verwirklichung, die Ausführung ist es, die dem Philatelisten ebenso wie dem durchaus gebefreudigten Postkunden keine Freude bereiten kann.

Seit Jahr und Tag ist es dem Bundespostministerium und seinem „künstlerischen Beirat“ nicht gelungen, für die Wohlfahrtsmarken, wie übrigens auch für die meisten übrigen Marken der Bundespost — von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen — Entwürfe auszusuchen, die gewiß den Besuchern einer Ausstellung der „Juryfreien“ zusagen würden, den durchschnittlichen Postkunden aber in gar keiner Weise anzusprechen vermögen. Die Postkunden winkten ab, wenn ihnen solche „Kunstwerke“ angeboten werden. Unter den Philatelisten bedanken sich selbst die begeistertsten Motivsammler für diese Produkte der Bundespost und wenden sich schöneren Ausgaben unserer Nachbarländer zu, ganz gleich, welches Land man nehmen will.

Bislang hat das Bundespostministerium mit einer für bessere Zwecke nützlichen Hartnäckigkeit seine bisherige Briefmarken-Gestaltung verteidigt. Wie wäre es, wenn es — eingedenk des Wunsches von Dr. Lübke nach besserem Verkauf der Wohlfahrtsmarken — wenigstens einmal nur für einen guten Zweck seinen merkwürdigen postalischen Kunstgeschmack ändern würde. Dann ließe sich auch die „graphische Ausgewogenheit“ der uns gegenwärtig besicherten und höchst eintönigen Kopfscheine für den täglichen Gebrauch leichter ertragen. In der stillen Hoffnung nämlich, daß unter der täglichen Post ein Auslandsbrief ist. Aus ihm sieht man, daß es tatsächlich noch schöne Briefmarken gibt. Anderswo, leider nicht bei der Deutschen Bundespost.

Versteifte Fronten bei der Kabinettbildung

Gespräch Erhard-FDP auf Montag verschoben — Noch keine Einigung über Posten für Mende

BONN. Die Fronten im Ringen um die Kabinettsbildung in Bonn haben sich in den letzten 24 Stunden versteift. Ein für heute vorgesehenes Abschlusssgespräch des Kanzlerkandidaten Erhard mit führenden FDP-Politikern wurde kurzfristig auf Montag verschoben. Offiziell gaben beide Seiten Terminschwierigkeiten an. Politische Beobachter wollen dagegen wissen, daß beide Verhandlungspartner Zeit gewinnen wollen, um in ihren eigenen Reihen offene Fragen zu klären.

Das strittige Problem ist nach wie vor, welches Ministerium dem FDP-Vorsitzenden Mende angeboten wird, wenn er als Vizekanzler ins Kabinett eintritt. Die FDP wünscht für ihn ein politisch gewichtiges Ressort: Entweder das gesamtdeutsche Ministerium, das bisher Dr. Barzel (CDU) inne hat, oder statt Dr. Krones den stellvertretenden Vorsitz im Verteidigungsrat.

Außerdem wurde die Bildung eines Europaministeriums ins Spiel gebracht, dem die für europäische Fragen zuständigen Abteilungen im Auswärtigen Amt und im Bundeswirtschaftsministerium angegliedert werden sollen. Die Freien Demokraten scheinen daran jedoch kein Interesse zu haben, wenn Außenminister Dr. Schröder die Einwände wiederholen würde, die er, wie auch Erhard, stets gegen ein Europaministerium vorgebracht hat.

Beide Seiten versichern, daß trotz aller Schwierigkeiten mit Konsequenzen, etwa einem Bruch der Koalition, nicht zu rechnen sei. „Wir werden uns schon zusammenraufen“, meinte ein maßgeblicher Koalitionspolitiker. Im Gegenteil, die Koalition setze volles Vertrauen in die neue Regierung unter Bundeskanzler Erhard. Besonders die FDP wünscht eine straffe Regierungsarbeit. Auch in der CDU/CSU wird dieser Wunsch geteilt, um künftig zu einer besseren Zusammenarbeit auch im Bundestag zu kommen. Diese Regierungsbildung sei auf keinen Fall mit dem Tauschen der Jahre 1961 und 1962 gleichzusetzen.

Die Kombinationen über alle möglichen Veränderungen im Kabinett wurden auch am Donnerstag hinter den Kulissen fortgesetzt. Bei allen Spekula-

Zucker wird voraussichtlich teurer

BONN. Nach der Milchpreiserhöhung muß jetzt auch mit einer Erhöhung des Zuckerpreises gerechnet werden. Der Ernährungsausschuß des Bundestages billigte gestern nach ausführlicher Beratung eine Erhöhung des Zuckerrübenpreises von 6,75 auf 7,25 DM je Doppelzentner. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, eine entsprechende Verordnung vorzulegen. Bei dieser Erhöhung des Zuckerrübenpreises würde der Endverbraucherpreis für Zucker um sechs Pfennig je Kilogramm ansteigen.

Atomsprengeköpfe der USA nach Kanada

OTTAWA. Kanada gestattet den Vereinigten Staaten die Lagerung atomarer Sprengköpfe für Abfangjäger auf zwei kanadischen Luftwaffenstützpunkten, in Harmon Field Neufundland und in Goose Bay, Labrador. Dies teilte der kanadische Premierminister Lester Pearson dem Unterhaus in Ottawa mit. Damit verfügen die in Kanada stationierten amerikanischen und kanadischen Jäger jetzt über die gleichen Sprengköpfe.



Dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, wurde gestern bei einem Festakt im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses von Berlin im Schöneberger Rathaus das Ehrenbürgerrecht von Berlin verliehen. Unser Bild zeigt den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, der Bundeskanzler Adenauer den Ehrenbürger-Brief überreicht.

Kleine Kommission war bei Höcherl

BONN. Der wochenlange Streit um den Verfassungsschutz scheint seinem Ende entgegenzugehen. Wie zuverlässig verlautet, hat sich gestern die kleine Kommission des Bundestagsinnenausschusses bei ihrer zweiten Besprechung mit Bundesinnenminister Höcherl über die Verfassungsschutzaffäre auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt. Sie soll jedoch erst heute vormittag veröffentlicht werden, da die Kommission von Höcherl zuvor noch eine Unterlage erbeten habe. Die Erklärung der Kommission enthalte eine Wertung der bis jetzt vom Bundesinnenminister vorgelegten Untersuchungsberichte und außerdem gewisse Anregungen für die künftige Arbeit des Verfassungsschutzes. Sie sei von allen Kommissionsmitgliedern gebilligt worden.